

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erst erscheint jeden Sonnabend.  
Quartalsheftlicher Abonnementpreis 0,75 Mk.;  
bei jeder Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 10 Pf. mehr.  
Alle Postgebühren nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung des Verbands- und Bezirks-Ausschusses  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Vereinsrat)  
Berlin N.O. 15, Großschloßer Straße 12/13.

Erstausgabe pro Jahr:  
Geldkassens. 40 Pf., Familienanz. 20 Pf.  
Verbandsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt 50 Pf.  
Reaktion und Spekulation:  
Berlin N.O., Großschloßerstraße 12/13.  
Gesamtpreis: Zwei Markanten, Nr. 1000.

Nr. 49/50.

Berlin, Sonnabend, 7. September 1918.

Fünfundzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Die deutsche Arbeiterversicherung im Jahre 1917.  
— Der Gesamtverband deutscher Krankenkassen, G. V.  
— Aus dem Besondere der Fellen. — Allgemeine Rund-  
sicht. — Ausländer. Teil. — Aus dem Verbands. —  
Anzeigen.

### Die deutsche Arbeiterversicherung im Jahre 1917.

Der vorliegende Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts für 1917 läßt wiederum erkennen, daß der stolze Pan der deutschen Arbeiterversicherung durch die Stürme des Krieges nicht hat erschüttert werden können. Die Maidinerie läuft ungehindert weiter, hat sogar hier und da Verbesserungen erfahren, von denen man wünschen kann, daß sie mit in die Friedenszeit hinübergenommen werden. Auf die im allgemeinen Teil gemachten Darlegungen kann hier im einzelnen nicht eingegangen werden. Es ist jedoch klar daraus zu ersehen, daß das Reichsversicherungsamt als Behörde sowie einzelne seiner Mitglieder auch auf dem Gebiete der öffentlichen Kriegswohlfahrtspflege eine umfangreiche Tätigkeit entfaltet haben. Rein zahlenmäßig kommt dies darin zum Ausdruck, daß für Kriegswohlfahrtspurpose die Versicherungs- und Sonderanstellen bis Ende 1917 rund 58 Millionen Mark aufwendeten. Die Darlehen der Landesversicherungsanstalten an Gemeinden, Kreise usw. zur Vinderung der Kriegsnot belaufen sich auf über 80 Millionen Mark. Auf die ersten 7 Kriegsjahren haben die Berufsgenossenschaften etwa 362 Millionen Mk., die Träger der Invalidenversicherung etwa 1134 Millionen Mk. gezahlt. Weiter verbreitet sich der Geschäftsbericht über die Bundesratsverordnungen betr. die Versicherung der im Hilfsdienst Beschäftigten, die Unfallversicherungsspflicht der Betriebsbeamten, die verfahrensrechtliche Behandlung von Arbeitern im Auslande, das Verhältnis der Kriegsgefangenen zur Sozialversicherung u. a. m.

Diesen allgemeinen Darlegungen folgen die Abschnitte über die verschiedenen Versicherungsgebiete. Bei der Unfallversicherung haben weitestgehende Forderungen in der Organisation nicht stattgefunden. Die versicherten Betriebe und Personen weisen im ganzen eine geringe Abnahme auf. Versichert waren Ende 1916 rund 769 700 Betriebe mit 7 442 500 Personen bei den gewerblichen, 5 485 800 Betriebe mit 17 403 000 Personen bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften und 1 231 000 Personen bei den Ausführungsbehörden. Etwas über 3 Millionen sind dabei doppelt gezählt. Im ganzen waren rund 23 1/2 Millionen Personen gegen Unfall versichert. Die Zahl aller i. J. 1917 gemeldeten Unfälle betrug 681 515, die der erstmalig entlassenen 107 695. An Entschädigungen wurden gezahlt 181 276 564 Mk., d. i. etwa 4 Millionen Mk. mehr als im Vorjahre. Diese Entschädigungen gelangten an 818 005 Verletzte, 109 230 Witwen, 112 067 Kinder und Enkel Getöteter, 5110 Verwandte aufsteigender Linie Getöteter. Außerdem erhielten 8197 Ehefrauen, 16 992 Kinder und Enkel und 207 Verwandte aufsteigender Linie als Angehörige von Verletzten, die in Seilhallen untergebracht waren, die gezielten Unterstützungen, so daß zusammen 1 100 108 Personen Bezüge auf Grund der Unfallversicherung erhielten.

Beide erteilt wurden von den Berufsgenossenschaften zusammen 361 511. Darunter 47 482 Einbeide. Von den Einbeiden waren nur 8,24 Prozent den Entschädigungsberechtigten günstiger als der erste Beide. Die Zahl der ein-

gelegten Rekurse ist weiter auf 4167 zurückgegangen. Im Vorjahre waren es noch 5286, i. J. 1913 rund 23 000. In diesem Rückgang kommt weiter die Einschränkung des Rekursrechts zum Ausdruck. Eine weitere Aufführung des Sachverhalts wurde in 1316 Fällen für notwendig erachtet. Es fanden 466 Sitzungen mit 5410 mündlichen Verhandlungen statt. In 10,6 Prozent aller Fälle war zu der Verhandlung der Verletzte selbst, in 19,4 Prozent ein Bevollmächtigter des Verletzten erschienen. Ein Vertreter des Versicherungs-trägers erschien in 24 Prozent der Verhandlungen. Was den Erfolg der Rekurse anbelangt, so wurden von den angefochtenen Oberversicherungsamtsurteilen 998 abgeändert. Zugunsten der Versicherer erfolgte die Abänderung in 19,1, zugunsten der Verletzten in 43,5 von 100 Fällen. Die Streitfragen betrafen am häufigsten den Grad der Erwerbsunfähigkeit; dann folgten die um die Veränderung im Zustande des Verletzten, ob ein Unfall überhaupt stattgefunden, ob ein Zusammenhang zwischen dem Unfall und der Erwerbsunfähigkeit anzunehmen und ob ein Unfall im Betriebe vorlag. Der zuletzt genannte Streitfall trat bei den landwirtschaftlichen Unfallverletzten häufiger als bei den gewerblichen in die Erscheinung.

Zu der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung betrug die Zahl der festgesetzten Renten 368 783 gegen 414 885 i. J. 1916. Von den im Berichtsjahre bewilligten Renten waren 103 193 Invalidenrenten, 79 831 Krankenrenten, 72 705 Altersrenten, 196 229 Witwenrenten, 16 786 Witwenrenten und 56 345 Renten. Die laufenden Renten vermehrten sich von 1 578 586 i. J. 1916 auf 1 706 365 i. J. 1917, was hauptsächlich auf die Alters- und Witwenrenten zurückzuführen ist. An einmaligen Leistungen wurden festgesetzt 32 482 Witwenbeide und 3589 Witwenbeide. Die Leistungen der Versicherungsträger beliefen sich auf rund 294 Millionen Mark. Damit sind im ganzen an Entschädigungen 3476 Millionen Mk. ausbezahlt worden.

Die Einnahme aus Beiträgen ist bei den Versicherungsanstalten von 202 Millionen Mk. i. J. 1916 auf 226 Millionen Mk. gestiegen, was auf die Erhöhung der Wochenbeiträge um 2 Pf. zurückzuführen ist. Das Vermögen der Versicherungsanstalten ist auf fast 2935 Millionen Mk. angewachsen. Der Aufwand für Selbstbehandlung ist wieder etwas höher geworden und von 18 auf 21 Millionen Mk. gestiegen. Damit wurden 95 760 Verletzte behandelt. In den letzten 20 Jahren sind im ganzen 1 166 359 Verletzte mit einem Aufwand von rund 339 Millionen Mk. in Selbstbehandlung genommen worden. Am Ausbau des Hilfsrentenwesens und im Komplex gegen die Geisteskrankheiten haben sich die Versicherungsanstalten weiter beteiligt, ebenso auf Anregung des Reichsversicherungsamtes an der Wohnungsfürsorge.

Bezüglich der Reaktivierung ist zu sagen, daß die Zahl der berufsständigen Beide 313 164 in Invaliden- und Altersrentenfällen betrug; und 178 141 in Hinterbliebenenfällen. Bemerkenswert ist, daß 29 186 Rentenentscheidungsbeide in Invalidenfällen erteilt wurden gegen 12 029 i. J. 1916 und nur 434 i. J. 1915. Die Entscheidungsbeide in Witwenrentenfällen stiegen von 220 auf 461. Die Zahl der erteilten Anwartschaftsbeide betrug 42 050. Revisionen wurden beim Reichsversicherungsamt 2 200 beantragt, eine Zunahme um 174, die lediglich auf das Konto der Verletzten kommt. In mehr als drei Vierteln aller Fälle bezog sich die

Revision auf Invalidenrentenfällen, in mehr als der Hälfte der Fälle handelte es sich darum, ob Invalidität im Sinne des Gesetzes vorliegt. In 119 Sitzungen der Revisionskassen fanden mündliche Verhandlungen über 215 Streitigkeiten statt. Berichtete waren in den Sitzungen in 2 Fällen durch Rechtsanwältin, in 13 Fällen durch Verbands- oder Arbeitervereine vertreten. Eine Abänderung des Urteils der Oberversicherungsämter wurde in 21,9 von 100 Fällen erzielt.

Die Krankenversicherung nimmt den kleinsten Teil der Tätigkeit des Reichsversicherungsamtes in Anspruch. Mit den Verbänden der Krankenkassen wurde reger Verkehr gepflegt. Ihre Tagungen wurden mehrfach besucht, ihre Ansicht wurde in zweifelhafte Fällen wiederholt gehört. Andererseits gingen dem Reichsversicherungsamt zahlreiche Anfragen namentlich wegen der Versicherungspflicht und wegen der Krankengeldhilfe zu, deren sachliche Beantwortung in vielen Fällen wegen Unzuständigkeit unterbleiben mußte. Was die Reaktivierung betrifft, so verdient aus dem Bericht hervorgehoben zu werden, daß das Reaktivierungsmittel der Revision im ganzen 200 mal eingesetzt wurde, gegen 276 mal im Jahre vorher, und zwar in 131 Fällen von den Verletzten, in 67 Fällen von Krankenkassen und in 2 Fällen von anderen Berechtigten. Durch Urteil wurden 188 Revisionen erledigt, 113 davon wurden zurückgewiesen, 22 als berechtigt anerkannt und 52 an die Provinzialrevisionskassen. Der Rest wurde durch Verfügung zurückgenommen. In 72 Revisionen ein; mit denen aus den Vorjahren waren 121 solcher zu entscheiden. Nur 19 davon wurden anerkannt, 56 zurückgewiesen und 19 an die Provinzialrevisionskassen. In 17 Fällen hatten sich Berichtete durch Delegationsbeamte vertreten lassen.

### Der Gesamtverband deutscher Krankenkassen, G. V.,

dem auch eine Anzahl Gewerkevereinstellen angezogen sind, am 26. und 27. August in Koblenz seine ordentliche Mitgliederversammlung ab, zu der 8 Landesverbände und 113 Klassen 236 Abgeordnete entsandt hatten. Auch zahlreiche Behörden bekundeten ihr Interesse an den Verhandlungen durch Vertreter. Der Präsident des Reichsversicherungsamtes, Dr. Kaufmann, wohnte der Tagung von Anfang bis zu Ende bei und ergriff mehrere Male das Wort. In einer längeren Begrüßungsansprache wies er darauf hin, daß das Reichsversicherungsamt stets auf enge und vertrauensvolle Beziehungen zu allen Versicherungsorganen besonderen Wert gesetzt habe. Nachdem die Reichsversicherungsordnung auch die Krankenkassen ihrem Werte näher gebracht hat, sei das Bestreben darauf gerichtet, mit ihnen dieselben Wege zu gehen wie mit den Berufsgenossenschaften und Landesversicherungsanstalten. Schwer sei der Kampf, den das deutsche Volk jetzt durchzuführen habe. Aber aller Anlaß sei vorhanden, vertrauensvoll den kommenden Ereignissen entgegenzutreten. Der Sieg sei uns sicher, aber auch die Lage der Prüfungen seien dann noch nicht vorüber. Schwer werde es sein, das erschütterte Wirtschaftsleben wieder aufzubauen und die tiefen Wunden zu heilen, die der Krieg dem Volkskörper gesalogen hat. Den Krankenkassen fällt dabei eine große Rolle zu. Neben der Bekämpfung der Tuberkulose, der Trunksucht und der Geschlechtskrankheiten die Förderung eines gesunden

Wohnungsweiens, eine stärkere Fürsorge für Mutter und Kind u. a. m. Sollen alle diese Aufgaben gründlich erledigt werden, dann dürfen die drei Gruppen der Versicherungsträger nicht planlos nebeneinander arbeiten, sondern müssen mehr als bisher geschlossen zusammen gehen, um eine Verplitterung der Kräfte zu vermeiden. Anträge dafür seien erfreulicherweise auf verschiedenen Gebieten bereits vorhanden. Der Zusammenschluß müsse aber noch enger werden, namentlich zwischen Krankenkassen und Berufsgenossenschaften. Es müsse sich möglich machen lassen, geeignete Einrichtungen für dieses Zusammenarbeiten zu schaffen, z. B. die Errichtung gemeinsamer Geschäftsstellen. Auch mit der Ärzteschaft ließe sich auf diesem Wege nicht nur ein gelegentliches, sondern ein systematisches Zusammenarbeiten anbahnen. Der Redner schloß seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit der Mahnung, dafür sorgen zu helfen, daß unsere Söhne und Enkel in einem freien und gesunden Deutschland leben können. „Ich glaube an Deutschland wie an Gott, von Deutschland lasse ich nicht“, in diese Worte eines rheinischen Arbeiterdichters ließ Dr. Kaufmann seine Rede ausklingen.

Dem von Geschäftsführer, Reichstagsabg. Becker, erstatteten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Verband und seine Leitung eine überaus lebhafteste Tätigkeit entfaltet, mit den in Betracht kommenden Behörden einen regen Verkehr unterhalten und eine günstige Entwicklung genommen hat. Manderlei vom Verbandsgegebene Anregungen zugunsten der Krankenkassen sind berücksichtigt worden, und auch bei der Beratung der neuen Steuergeetze konnten Vorteile für die Krankenkassen erzielt werden. Nach einer kurzen Aussprache wurden Ausschüsse zur Beratung von Vorschlägen zur Durchführung der Versicherung der Seimarbeiter und zur Förderung des Wohnungsweiens eingeteilt, denen u. a. die Kollegen Lewin, Berlin und Gieseler, Duisburg angehören.

Sodann hielt der Geschäftsführer Becker ein ausführliches Referat über die Reform des Apothekenweiens, in dem er zu dem Ergebnis kam, den Kassen zu raten, sich auf eine landesgesetzliche Regelung der Frage einzurichten, da nach den Erklärungen des Staatssekretärs des Innern und den Verhandlungen in den Einzeltagungen auf eine reichsgesetzliche Lösung nicht zu rechnen sei. Das Verhältnis der Krankenkassen zu den Apotheken erörterte Geschäftsführer Reiserath, Gelsenkirchen, der es auf Grund eigener praktischer Erfahrungen für das den Kassen zweckmäßigste erklärte, wenn es überhaupt keine Sonderausstellungen gäbe und ihnen dafür höhere Rabattätze auf die Medikamente eingeräumt würden.

Die Verhandlungen des zweiten Tages begannen mit der Beratung eines neuen Satzungsentwurfs, der keine grundsätzlichen, sondern lediglich organisatorische Abänderungen bedingt. Der Entwurf wurde nach kurzer Aussprache en bloc einstimmig angenommen. Die neue Satzung tritt am 1. Januar 1919 in Kraft. Der Name der Organisation wurde umgewandelt in „Gesamtverband der Krankenkassen Deutschlands“. Diese Abänderung wurde notwendig durch die Agitation des Preußischen Verbandes, der in Landesteilen mit starker polnischer Bevölkerung unter Hinweis auf den Namen erklärte, daß polnische Krankenkassen, d. h. solche mit überwiegender polnischer Mitgliedschaft in den Gesamtverband nicht aufgenommen würden. Durch die Abänderung des Namens hofft man dieses eigenartige Agitationsmittel wirkungslos zu machen.

Die Frage: Wie können die Krankenkassen helfen, die bestehenden Fürsorgeeinrichtungen den Kriegsteilnehmern und Kriegshinterbliebenen nutzbar zu machen? erörterte in sachverständiger und gründlicher Weise Verwaltungsdirektor Grunow, Duisburg. Nach seinen Vorschlägen sollen die Krankenkassen den Kriegskranken gegenüber nicht nur die ihnen obliegenden Pflichten erfüllen, sondern darüber hinaus ihnen mit Rat und Tat bei der Krankheitsüberwindung zur Seite stehen. Die den Kassen durch die Kriegswirkungen entstandenen Kosten müssen durch das Reich ersetzt werden. Es soll dieserwegen erneut an die Reichsleitung herangetreten werden. Die Krankenkassen aber hätten die Pflicht, schon jetzt für die rechnerischen Unterlagen zu sorgen und sollten deswegen geeignete Statistiken anlegen.

Um neues Material für die gesetzliche Regelung der Ärztefrage beizubringen, über die bisher auf Krankentagungen lediglich Angestellte der Krankenkassen gesprochen

hatten, war der Vorstand an Dr. Steinhausen, Braunschweig mit dem Ersuchen herangetreten, über diese wichtige Frage ein Referat zu übernehmen. Dr. Steinhausen hatte diesem Ersuchen stattgegeben und machte verschiedene praktische Vorschläge zur Lösung der Angelegenheit. Vor allem sprach er für staatliche Anstellung und feste Verdolung der Ärzte. Daß er dabei auch dem Leipziger Ärzteverband manche bittere Wahrheit sagte, ist selbstverständlich. Jedenfalls erntete der Redner am Schluß seines Vortrags lebhaften Beifall. Mit sehr scharfen Worten wandte sich gegen seine Ausführungen Oberbürgermeister Medizinalrat Grisar, der in der Hauptsache den Vorwurf erhob, daß der Hauptredner einzelne Auswüchse verallgemeinert habe. Dr. Steinhausen trat ihm sofort scharf entgegen. Bei diesen Auseinandersetzungen kam zu recht deutlich der Unwille und die Empörung zum Ausdruck, die in Krankenkassenkreisen gegen das Verhalten des Leipziger Verbandes sich angeammelt hat. Sämtliche Delegierte hatten sich von ihren Plätzen erhoben und um die Rednertribüne versammelt. Jeder gegen den Leipziger Verband gerichtete Satz fand lebhafteste Zustimmung. Bisweilen erreichte die Stimmung geradezu einen dramatischen Höhepunkt. Kein Wunder, daß auch die Diskussion sich überaus lebhaft gestaltete. Das Material, das hierutage gefördert wurde, liefert den besten Beweis für die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung der Angelegenheit.

Es wurden dann noch rein gesetzliche Angelegenheiten erledigt und die üblichen Schlussreden gehalten. In verhältnismäßig kurzer Zeit hat die Tagung reiche Arbeit geleistet, der hoffentlich auch der praktische Erfolg nicht versagt bleibt. Dieser Erfolg wird natürlich um so größer sein, je stärker dieser Krankenkassenverband ist. Deshalb möchten wir auch bei dieser Gelegenheit an diejenigen Gewerkevereinskrankenkassen, die dem Gesamtverband deutscher Krankenkassen bisher noch nicht angeschlossen sind, die Aufforderung richten, diesen Anstoß sobald wie möglich zu vollziehen. Ferner mögen die Gewerkevereinskollegen, die in Krankenkassenverbänden sitzen, ihren Einfluß in demselben Sinne geltend machen. Je mehr ein jeder so seine Schuldigkeit tut, umso größer wird der Nutzen sein, den die Krankenkassen und die Versicherten vom Krankenkassenverband haben.

### Aus dem Lande der Balten.

Das mächtige Rußland, der Koloss auf tönernen Füßen, liegt zerstückert am Boden. Sein Zar mußte abdanken und der republikanischen Staatsform weichen, um schließlich den Klugeln einer Gewalt Herrschaft zum Opfer zu fallen. Rußland ist aus einer Uebertreibung der Gewalt in eine andere Uebertreibung hineingeraten, aus der es sich wohl nur recht schwer befreien und geordneten Zuständen zugeführt werden kann. Wir sind bisher in Deutschland überiegend der Ansicht gewesen, daß Rußland und alles, was bisher mit ihm zusammenhing, das Land der Kälte und der Unwirtschaftlichkeit sei. Nur wenige unter uns hatten Kenntnis davon, wie es in diesen Landesteilen aussah, und in den breiten Schichten unseres Volkes herrschte insbesondere Unklarheit über das Wesen und Sein der Bevölkerung in den baltischen Provinzen dieses Landes, die sich jetzt von Rußland getrennt haben und ein eigenes Staatsgebilde schaffen wollen. Es ist mehrfach von einer Angliederung dieser Länder an Deutschland geredet und geschrieben worden, ohne daß wir über ihren Charakter genügend unterrichtet waren und ohne daß wir die Bevölkerung dieser Länder in ihrer Eigenart genügend kannten. Um aber die Bedürfnisse dieser Völker richtig bewerten zu können, ist es notwendig, an Ort und Stelle zu sehen und zu hören wie die Dinge liegen. Mit der Entsendung von Regierungsvertretern allein, die sich dem Studium der Landesverhältnisse widmen sollen, ist es aber nicht genug, es ist erforderlich, daß auch aus den Volkskreisen selbst Leute in das Baltenland entsandt werden, die ohne jedes Vorurteil zu prüfen in der Lage sind, was gesehen muß, um den in jenem Lande wohnenden Völkern das zu bringen, was sie für die Förderung ihrer Lebensnotwendigkeiten brauchen.

Das Reichsamt des Innern hat diesem Gedanken Rechnung getragen. Unter der Führung des bekannten Bodenreformers Adolf Damasko wurde eine Anzahl deutscher Arbeiterführer nach Kurland und Litauen entsandt, darunter auch der Unterzeichnete, mit der Aufgabe, sich über die Verhältnisse dieser Länder und die Stimmung der Völker zu unterrichten. Dieser Studienreise werden allerdings noch andere fol-

gen müssen, zu denen man nicht nur weitere Arbeiterführer, sondern auch Männer aus anderen Schichten der Bevölkerung heranziehen sollte, weil gerade diese jetzt von Rußland abgetrennten Gebiete eine wesentliche Bedeutung für Deutschland haben, weil sie aber auch andererseits ohne enge Verbindung mit Deutschland nicht in der Lage sein dürften, ihre Lebensmöglichkeiten antrecht erhalten zu können.

Schon wenn man in Riga den Bahnhof verlassen hat und eine Wanderung durch die Stadt unternimmt, gewinnt man sofort den Eindruck, als befände man sich in einer alten deutschen Stadt. Und in der Tat ist Riga eine rein deutsche Gründung, die von dem brennischen Domherrn Albrecht im Jahre 1201 erfolgte. Rüstler, Kaufleute und Handwerker waren die ersten Ansiedler in Riga und jahrhundertlang galt diese Stadt als ein Glied der Hanse. Wenn man in der Petrikirche die kunstschlosser- und schmiedearbeiten sieht, wenn man die kunstvoll aus Metall gegossenen und bearbeiteten Bronzelichter betrachtet, die man ihres Kunstwertes wegen noch nicht entfernt und zu Kanonenmetall umgeschmolzen hat, dann denkt man in der Mutterstadt Lübeck selbst oder auch in Nürnberg zu sein, so sehr tritt deutsche Arbeit hier in den Vordergrund, die im übrigen auch bei zahlreichen Bauarbeiten anderer Art zum Ausdruck kommt. Trotz allen Druckes, den die russische Regierung in ihren verschiedenen Gestaltungen auf die Bevölkerung ausgeübt hat, ist das Deutschtum in Livland und Kurland erhalten geblieben. Vom Jahre 1225 ab galt es als eine Mark des heiligen römischen Reiches deutscher Nation, und der deutsche Ritterorden war es, der im Mittelalter deutsche Kultur in jenem Landesteil verbreitete und der zahlreiche Kämpfe gegen russische Fürstentümer zu führen hatte, die das aufblühende Land durch Raubzüge auszubuten versuchten. Nachdem Livland über 300 Jahre unter deutscher Herrschaft stand, wurde es 1562 polnisch, 1621 schwedisch und 1710 unter Peter dem Großen russisch. In den Kapitulationsbedingungen mit Peter dem Großen wurden dem Lande Freiheit der Glaubensübungen, deutsches Recht, deutsche Sprache und deutsche Verwaltung garantiert. Nach mehrfachen Versuchen zur Vereinfachung dieser Garantien blieb es dem Kaiser Alexander III. vorbehalten, diese Garantien zu brechen. Von 1885 ab galt die russische Sprache als Amtssprache und Gerichtssprache. Die deutsche Schule wurde unterdrückt und kein Deutscher konnte in diesem Lande Beamter werden.

Am 3. September 1917 ward Riga frei, so lautet die Inschrift einer aus Anlaß der Einnahme Rigas durch die deutschen Truppen geprägten Denkmünze und tatsächlich sieht die Bevölkerung Livlands und Kurlands in der Einnahme dieser Länder durch die Deutschen ihre Befreiung vom russischen Joch. „Kurland ist deutsch und wird deutsch bleiben“, sagte uns der Pastor der Trinitatiskirche in Mitau und die Balten vertreten einmütig diesen Standpunkt. Sie wollen heraus aus der Ungewißheit, in der sie sich jetzt befinden. Ihr Sehnen ist darauf gerichtet, in enge Verbindung mit Deutschland gebracht zu werden, um ihrem Deutschtum leben zu können. Wenn das Selbstbestimmungsrecht der Völker kein leerer Schall sein soll, dann wird man recht bald in eine sachliche Kräftigung der Frage eintreten müssen, in welcher Art dieses Recht der baltischen Völker verwirklicht werden kann, ohne den Fehler einer Angleichung zu begehen.

Man hat in Deutschland gegen diesen Gedanken den Einwand erhoben, daß es nur die Oberhoheit sei, die dem Deutschtum zugeteilt ist. Nur die baltischen Barone, die Großgrundbesitzer seien es, die deutsch denken und deutsch fühlen, während die anderen Volksschichten andere Meinungen vertreten. Abgesehen von der Tatsache, daß der baltische Großgrundbesitzer sich von untern ostbaltischen Junker recht vorteilhaft unterscheidet und daß er das Deutschtum nicht als ein Borrecht für sich selbst in Anspruch nimmt, haben wir auf unserer Reise doch den Eindruck gewonnen, daß auch die Balten lieber heute wie morgen aus der Unsicherheit heraus wollen und daß sie eine Förderung ihrer Interessen nicht durch eine neue Russifizierung, sondern durch eine Verbindung mit dem Deutschen Reich erwarten. Ueber die Form einer solchen Verbindung gehen die Meinungen allerdings noch auseinander; sie wird sich aber finden lassen, sobald man ernstlich dem Gedanken näher tritt und diesbezügliche Verhandlungen einleitet. Dabei ist jedoch jedes Zwangsmaßmittel zu vermeiden und das Selbstbestimmungsrecht dieser Völker zu achten. Nach den auf unserer Reise gemachten Erfahrungen kann es kaum einem Zweifel unterliegen, nach welcher Richtung die Entscheidung fallen dürfte.

Haben wir Deutschen aber auch ein Interesse daran, mit den baltischen Völkern in engere Fühlung und Verbindung zu treten? Diese Frage, die aus den gegebenen Verhältnissen heraus von selbst entsteht, kann nicht verneint werden. Es ist uns hinreichend bekannt, daß seit langen Jahren vor dem Kriege Facharbeiter, Werkmeister und Kaufleute aus Deutschland in die russischen Ostprovinzen überiedelten und daß sie dort bei guter Entlohnung führende Stellungen in der Industrie und im Handel bekleideten. Das wird auch in der Zukunft nicht viel anders werden, obwohl wir tüchtige Kräfte im eigenen Lande bitter notwendig haben. Aber die Entwicklungsmöglichkeiten der baltischen Randländer sind so groß, daß ihre Ausnützung für Deutschland nur von Vorteil sein kann, während andererseits die Lebensbedingungen dieser Völker mehr oder weniger in der Zukunft von deutscher Kultur abhängen werden. Ein dauernder Baronaustausch zwischen dem Deutschen Reich und dem Baltischen Lande; beiden Teilen. Deutschland findet in den baltischen Ländern einen guten Absatz seiner Industrieprodukte, nachdem die Zerstörungswut der Russen zahlreiche Fabriken mit ihren Einrichtungen vernichtet hat. Und wenn neben einer besseren Bewirtschaftung des Acker und großer Brauchbereien eine großzügige Anliebungspolitik in den baltischen Provinzen betrieben wird, dann wird uns dieses Land in weit höherem Maße mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen der verschiedensten Art versorgen können, als das bisher möglich gewesen ist. Wir finden hier nicht nur ein Land, das bei guter Organisation und gerechter Verwaltung noch unendlich viele Entwicklungsmöglichkeiten besitzt, sondern auch ein Land, das seinem Wesen nach deutsch ist, dessen Bewohner sich zum großen Teil zum Deutschstum hingezogen fühlen und dessen Bevölkerung in ihrer Eigenart gerichtet behandelt, ein guter und friedliebender Nachbar unseres engeren Vaterlandes sein wird. Seit sollen dort auf den Eisenbahnen fast ausschließlich deutsche Lokomotiven und deutsche Eisenbahnwagen. Der ganze Betrieb wird von deutschen Eisenbahnern geleitet. Nimmt man den Baltischen dieses Material und Personal weg, dann ist ihnen gleichzeitig jede Verkehrsmöglichkeit genommen und jeder Handel vernichtet. Deutschland hat in jenem Lande bereits ganz neue Bahnen gebaut und neue Strecken in Angriff genommen. Es hat das Schulwesen im ganzen Lande verbessert und für eine Lösung der Ernährungsschwierigkeiten gesorgt, soweit das nach Lage der Dinge überhaupt möglich ist. Diese Arbeit darf nicht verabsichtigt geleistet sein; sie wird und sie muß Früchte tragen, wenn ein Verhältnis geschaffen wird, das beiden Seiten zum Nutzen dient, das aus Freiwilligkeit erwächst und eine wahrhaft kulturelle Annäherung ermöglicht. Wer dort aber das Wirken deutschen Geistes gesehen hat, wie er das Fortschritt wieder aufbaut und dem Volkwohl zu dienen bereit ist, der muß zu dem Erkenntnis gelangen, daß sich die baltischen Völker nur entwickeln können, wenn ihr Leben auch fernerhin von dem Geiste deutscher Kultur durchdrungen ist. Die von den deutschen Verwaltungsbehörden in jenem Lande geleistete Arbeit liefert den Beweis, daß wir, die so vielfach als Barbaren verschrieenen Menschen, das Leben und Gedeihen anderer Völker zu achten und zu schützen wissen und daß es uns ernstlich darum zu tun ist an die Stelle der Vernichtung und Verwüstung neues, entwürdigendes Leben zu setzen. Die Geschichte wird auch hierüber Richter sein.

Gust. Sartmann.

## Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 6. September 1918.

In der Zentralratsitzung am 23. August begrüßte Kollege Raab zunächst die neu in den Zentralrat eingetretenen Kollegen Börner vom Gewerksverein der Metallarbeiter und Grülling vom Gewerksverein der Fabrik- und Handarbeiter. Der vom Verbandsrevisor Scholz erstattete Vierteljahresbericht ließ wiederum ein erfreuliches Steigen der Mitgliederzahl im Verbande erkennen. Bücher und Stoffe sind bei der Revision in gewohnter Ordnung vorgefunden worden. Da der Verbandsrevisor Kollege Kust wieder zu den Fahnen einberufen worden ist, soll künftig als sein Vertreter wieder der stolze Musikleiter tätig sein.

Nach kurzen Mitteilungen des Verbandsvorsitzenden Kollegen Sartmann aus dem geschäftsführenden Ausschuss wurde der Entwurf für eine Anzahl Reisen beraten, die anlässlich des Verbandsjubiläums geplant sind. Dabei nicht alle gedrückten Wünsche berücksichtigt werden konnten,

fand der Entwurf grundsätzliche Zustimmung. Einzelne Abänderungen sind der Verbandsleitung vorbehalten.

Zum Schluß beschäftigte sich der Zentralrat mit einem vom Kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherung aufgestellten Entwurf über die Bedingungen der Wiederaufnahme von Kriegs- teilnehmern in die Kranken- und Sterbefassen. Da die darin enthaltenen Bestimmungen eine schwere Belastung für die Krankenkassen bedeuten, soll eine Aussprache mit dem Aufsichtsamt für Privatversicherung herbeigeführt werden. Am Anschluß daran sollen dann einheitliche Maßnahmen seitens der Gewerksvereine getroffen werden.

Berichte über Jubiläumsfeiern anlässlich des 20-jährigen Bestehens unserer Erantafaktion sind jetzt schon mehrfach bei der Redaktion eingegangen. Zu unserm lebhaftesten Bedauern ist es nicht möglich, dieselben abzurufen. Der Name des Verbandsorgans ist durch das 14tägige Erwidern ohnehin auf das äußerste beschränkt. Da können unmöglich um auch noch spaltenlange Berichte über Jubiläumsfeiern veröffentlicht werden. Wir sind überzeugt, daß die Kollegen drüben im Lande die Zwangslage, in der sich die Redaktion befindet, zu würdigen wissen, und empfehlen ihnen, damit auch nach außen hin eine Wirkung der Feilscherei erzielt wird, sich mit der örtlichen Tagespresse in Verbindung zu setzen und dieser einen, natürlich recht knapp gefaßten Bericht zu übermitteln. Damit wird unserer Sache auch gedient.

Die Einsetzung eines Reichskommissars für das Wohnungswesen wird amtlich in folgendem Erlaß bekanntgegeben:

Für die besonderen Aufgaben des Reichsverwaltung auf dem Gebiete des Wohnungswesens in der Zeit des Lebenslaufes von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft ist im Reichswirtschaftsamt ein Reichskommissar für Wohnungswesen bestellt worden, dem folgende Aufgaben zugewiesen sind:

1. Verteilung der verfügbaren Getreide- und Marinemittel für die Zwecke im Einvernehmen mit dem Reichskommissar für die Verteilung des entbehrlich werdenden Getreide- und Marinemittels;
2. Förderung der Erzeugung von Futtermitteln;
3. Regelung des Absatzes von Rohstoffen;
4. Gewährung von Bauzuschüssen aus den durch den Reichskommissar bereitgestellten Mitteln.

Der Reichskommissar vertritt den Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes bei der Durchführung der oben genannten Aufgaben nach außen hin selbständig. Ihm wird ein Ausschuss beigegeben, der in grundsätzlichen Fragen zu hören ist. Den Vorsitz im Ausschuss, dessen Mitglieder vom Reichsanwalt ernannt werden, führt der Reichskommissar.

Als Reichskommissar ist der Amtsratssekretär im königlich preussischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Herrliche Gehörme Rat Dr. Freiherr v. Cols v. d. Brüggen bestellt.

Das heißt mit anderen Worten: Der Aufgabenkreis des preussischen Staatskommissars ist auch auf das Reich ausgedehnt worden.

Die Aushebung der Versicherungspflicht für Angestellte sieht eine Bundesratsverordnung vom 28. August d. J. vor. Danach bleiben Angestellte, die aus der Versicherungspflicht auscheiden würden, weil sich ihr Jahresarbeitsverdienst auf über 5000 Mk. erhöht, versicherungspflichtig, sofern ihr Jahresarbeitsverdienst 7000 Mk. nicht übersteigt. Angestellte, die nach dem 1. August 1914 wegen Uebersteigerung der Verdienstgrenze von 5000 Mk. versicherungsfrei wurden, werden mit dem 1. September wieder versicherungspflichtig, sofern der Jahresarbeitsverdienst über 7000 Mk. nicht hinausgeht. Den Angestellten steht es auch frei, für die zurückliegende Zeit von den Rechten der freiwilligen Versicherung Gebrauch zu machen. Die dafür jetzt gezahlten Beträge werden unter gewissen Voraussetzungen als Pflichtbeiträge im Sinne des § 48 des Versicherungsgesetzes angesehen. Angestellte, deren Jahresarbeitsverdienst 7000 Mk. übersteigt, haben das Recht, sich freiwillig weiter zu versichern.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Juli läßt keine Anzeichen für ein Ermatten der Spannfähigkeit der deutschen Industrie erkennen. Wenn, wie das im Sommer in der Regel der Fall ist, die Zahl der Beschäftigten der Krankenkassen abgenommen hat und der Arbeitsandrang nach der Statistik der Arbeitsnachweise einen Rückgang verzeichnet, so ist zu beachten, daß sich in den Erntemonaten stets ein Zug nach dem Lande geltend macht, der zwar zahlenmäßig nicht genau festzustellen ist, der aber allem Anschein nach dieses Mal

größer war als in früheren Jahren. Verschiedentlich läßt die rege Beschäftigung dem Vorjahre gegenüber eine Steigerung erkennen.

Die Lage im Porzellan- und Sittenswaren- gewerbe gestaltete sich im großen und ganzen ebenso gut wie in den Vormonaten. Im Braunkohlenbergbau war die Lage noch günstiger als im Juli 1917. Für die Eisen- und Metallindustrie wie für den Maschinenbau ist die Beschäftigung unverändert lebhaft. Insbesondere ist in einigen Zweigen des Maschinenbaues eine Steigerung der Beschäftigung im Vergleich zum Vorjahre zu bemerken. In der elektrischen Industrie zeigte sich gleichfalls die Lage verschiedentlich günstiger als im Vorjahre. Die chemische Industrie hat im allgemeinen denselben Beschäftigungsgrad wie im Vormonat aufzuweisen; doch melden auch hier verschiedene Zweige bessere Beschäftigung als im Juli 1917; vereinzelt ist allerdings eine Abnahme eingetreten. Im Spinnstoffgewerbe läßt der Geschäftsgang nach wie vor zu wünschen übrig. Auf dem Baumarkt machen sich dagegen die ersten Anzeichen einer teilweisen Belebung bemerkbar.

Die Nachweisungen der Krankenkassen lassen für die am 1. August in Beschäftigung stehenden Mitglieder im Vergleich zum Anfang Juli eine Abnahme um insgesamt 98 358 Beschäftigte oder 1,3 v. H. erkennen. An dem Rückgang ist das männliche Geschlecht etwas stärker als das weibliche beteiligt.

Nach den Feststellungen von 33 Fachverbänden, die für 1917 028 Mitglieder berichteten, betrug die Arbeitslosenzahl Ende Juli 8545 oder 0,7 v. H. Im Juni wurde von 37 Fachverbänden über eine Arbeitslosigkeit von 0,8 v. H. berichtet. Es ist ein Rückgang nicht nur gegen den Vormonat, sondern auch dem Vorjahre, insbesondere dem Juli der Jahre 1914—1916 gegenüber eingetreten.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt im Vergleichsmonat für beide Geschlechter eine weitere Abnahme des Arbeitsandranges erkennen. Im Juli kamen auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 48 Arbeitssuchende (gegen 53 im Vormonat), beim weiblichen Geschlecht 82 (gegen 83 im Vormonat).

Die Berichte der Arbeitsnachweiserverbände über die Vermittlungstätigkeit im Juli lassen für Pommern, Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Bremen, ferner für Thüringen wie für Westfalen, Rheinland und Baden eine wesentliche Veränderung gegen den Vormonat nicht erkennen. Eine Zunahme der Inanspruchnahme der Arbeitsnachweise im Vergleich zum Vormonat trat für Schlesien, Schleswig-Holstein und Elbsa-Lothringen hervor. In Lippe machte sich zwar auch eine Zunahme der männlichen wie der weiblichen Arbeitssuchenden bemerkbar, doch nahm nur die Meldung offener Stellen für Männer, nicht aber für Frauen zu. Für die Provinz Sachsen wie für Anhalt wird über verstärkte Nachfrage nach männlichen wie weiblichen Arbeitskräften berichtet. Im Königreich Sachsen stieg zwar das Angebot weiblicher Arbeitskräfte, doch sank das der Männer. In Hamburg ging die Zahl der Arbeitssuchenden wie die der Vermittlungen zurück. In Württemberg zeigte die für die Arbeiter seit langem günstige Lage einen Stillstand; hier nahm die Zahl der Arbeitssuchenden zu, während sich das Angebot offener Stellen einschränkte. In Bayern hat sich für Männer die Beschäftigungsmöglichkeit gesteigert, für die Frauen dagegen etwas vermindert.

Treue Freunde hat sich die von unserer gemeinnützigen Volksversicherung eingeführte Kriegs-anleiheversicherung überall dort erworben, wo man ihre überaus vorteilhaften Bedingungen rechtzeitig zu würdigen verstand. Das beweist schlagend die ganz überraschend hohe Steigerung der Abschüsse der 8. gegenüber der 7. Kriegs-anleihe. Das ist aber auch ohne weiteres verständlich, wenn man sieht, in welsch bescheidenen Maße der gemeinnützige Charakter unserer Volksversicherung gerade auch in diesem Sonderunternehmen zum Ausdruck kommt. Sie ermöglicht es jedem, sich sowohl eine überaus günstige Lebensversicherung als auch die Vorteile der Kriegs-anleiheversicherung zu sichern.

Nur 5 v. H. der Zeichnungsumme sind sofort bar einzuzahlen. Gleichzeitig schießt der Zeichner eine Versicherung auf den Todes- und Lebensfall auf die Dauer von 15 Jahren ab und zahlt damit die Vorteile unserer Volksversicherung zurück. Stirbt er innerhalb dieser 15 Jahre, so ge-

# Amthlicher Teil.

**Begründungsliste**  
des Verbandes der Deutschen Gewerbetreibenden (D. D.)  
Leitung über eingesandte Beiträge im Monat  
August 1918.

**Schuhmacher:** Elm Wl. 5,07, Wächter Nr. 1705  
2,08, **Textilarbeiter:** Berlin IV 2,47, Utecht  
Nr. 2809 2,34, **Frauen und Mädchen:** Halle 7,02.  
**Waler, Ladierer etc.:** Halle 17,94. **Metallarbeiter:**  
Grensdorf Nr. 3191 1,50, **Seife:** Nr. 970 2,34. **For-**  
**stearbeiter:** Waidendorf 2,34, Sommer Nr. 512 0,78.  
**Schneider:** Berlin Nr. 5337 9,00, Elbing 1,56, Heidel-  
berg 11,44, Stettin 24,33, **Kaufleute:** 10,79, Buchholz  
Nr. 5226 1,69, **Stoff:** Nr. 1765 1,30, **Radfahrer:** Nr. 2032  
0,78. **Schuhmacher und Lederarbeiter:** Kalberstadt 14,56,  
Dönerstraße 17,48, **Leinwand:** Nr. 1,93, **Wagen:** 11,97, Elm  
4,94. **Textilarbeiter:** Dogen 5,50, **W.-Glabbach:** 43,03,  
Penig 8,97, **Fuchs:** Nr. 1586 2,34. **Töpfer:** Waldjassen  
6,50. **Sigarenen und Tabakarbeiter:** Breglau 36,74.  
**Ortsverbände:** Nürnberg 38,50. **Hauptkasse:** Klein  
Nr. 2056, 5001 5,72, **Köln:** Nr. 5659 3,90. **Summa**  
Mark 305,78.

Berlin, den 31. August 1918.

A. Klein, Hauptkassierer.

## Aus dem Verbands.

**Fürth.** Unter Leitung des Bezirksvorsitzenden, Kollegen Käfer, tagte hier eine sehr gut besuchte Bezirksversammlung der fränkischen Ortsvereine. Dem Tätigkeitsbericht des Arbeitersekretärs Kollegen Winter über das erste Halbjahr 1918 war zu entnehmen, daß mit der Neubildung des Sekretariats wieder eine erhöhte Gewerbetreibendenz am Werk ist und begründete Hoffnung besteht, daß auch im nächsten Bezirk ein Fortschreiten der Gewerbetreibendenz in der Erscheinung tritt. Auch der Kassierer konnte ein günstiges Bild über die Klassenverhältnisse geben. Kollege Schmiedler-Nürnberg hielt einen Vortrag über „Kriegsteuerung, Bevölkerungspolitik und soziale Reformen“. In ausführlicher Weise behandelte der Redner die vielen Ursachen der Kriegsteuerung, die vielfach unzureichenden Löhne im heimischen Bezirk sowie die Währungsnot, die der Krieg mit all seinen Erscheinungen auf unsere Bevölkerungspolitik ausübt. Die sich daraus ergebenden Folgen machten mehr als je eine energische Förderung unserer Sozialpolitik notwendig, was der Redner in einzelnen sehr eingehenden Darlegungen nachwies. In vielen Beispielen die durch Kriegsverhältnisse und Geldentwertung sich ergebenden Schäden und Nachteile für die Versicherten beleuchtend, forderte der Redner eine schnelle und gründliche Beseitigung dieser Mängel. Die von großer Sachkenntnis getragenen Ausführungen fanden reichen Beifall bei der Versammlung. Nachstehende Entschliessung fand einstimmige Annahme:

Die am 18. August 1918 zu Fürth tagende, von zahlreichen Vertretern der fränkischen Ortsvereine besuchte Bezirksversammlung der Deutschen Gewerbetreibenden (D. D.) erwartet angesichts der fortschreitenden Verteuerung der Lebens- und Bedarfsmittel, insbesondere aber der hohen Preise für Bekleidungs- und Haushaltungsgegenstände, daß die Löhne der Arbeiter, die im heimischen Bezirk vielfach den Verteuerungverhältnissen in keiner Weise mehr entsprechen, erhöht werden. Anlässlich dieser gewaltigen Verteuerungverhältnisse sowie der anhaltenden Ernährungsbeschwerden fordert die Versammlung von den Arbeitgeberverbänden, daß die Schlichtungsausschüsse nach dem Hilfs- als bisher Rechnung getragen wird, was im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und einer Aufrechterhaltung der notwendigen Körperkräfte der Arbeiter unbedingt erforderlich ist.

Gegen die wachsenden Lebensnöden und bewußt übertriebenen Beschneidungen der „hohen“ Arbeitslöhne protestiert die Versammlung nachdrücklich, aber auch ebenso entschieden gegen jede weitere Verteuerung der Lebenshaltung.

An dem Bewußtsein, daß die Gesundheit des arbeitenden Volkes die wichtigste Grundlage für das Wiederanschließen des Wirtschaftslebens nach dem Kriege ist, erwartet die Versammlung von der Reichsregierung eine energische Förderung der sozialen Gesetzgebung sowie die umgehende Abstellung der durch die Kriegsverhältnisse und die Geldentwertung sich ergebenden Mängel und Nachteile für die Versicherten in der Reichsversicherungsordnung.

Die verarmtesten Vertreter legen insbesondere Protest dagegen ein, daß in der Zeit großer Wohnungsnot und starken Fortschreitens der Tuberkulose die Landesversicherungsanstalten dazu übergehen, bei Verteilung von Kleinwohnungsbauden den Zinsfuß zu erhöhen und die Verteilungsgrenze herabzusetzen. Gr.

**Beizig.** Der unserer Organisation kirchlich beige- triene Deutsche Klein- und Straßen- bahnerverband, der sich Beizig, hielt am 22. August eine außerordentliche Versammlung ab, die eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen hatte. Sie nahm einen außerordentlich wichtigen und anregenden Verlauf. Aus der Fülle des Materials ist zu erwähnen, daß beschlossen wurde, bei der Direktion eine einmalige Verteuerungszulage in Höhe von 250 Mk. zur Beschaffung von

langt sofort die voll geschichtete Anleihe zur Aus- händigung. Erlebt er aber den Ablauf seiner 15 Jahre, so erhält er die Anleihe und außerdem die inzwischen angesammelten Gewinnanteile.

Die Prämien für diese Versicherung sind er- staunlich gering. Günstiger können die Bedin- gungen gar nicht sein.

Es kann darum gar nicht daran gezweifelt werden, daß bei der bevorstehenden 9. Kriegs- anleihe unsere Kriegsanleiheversicherung noch weit mehr Freunde finden wird. Deshalb kann man allen Interessenten nur raten, rechtzeitig den An- trag zu stellen, und nicht bis zum letzten Augen- blick zu warten. Wo noch Unklarheit herrscht, gibt die Generalrechnungsstelle des Verbandes in Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221-23, gerne Auskunft.

**Die Reichsbekleidungsstelle und die Neugrün- dung von Haushalten.** Die Befestigung der Reichsbekleidungsstelle, daß die Neugründung eines Haushaltes nicht als ein „solcher Ausnahmefall“ aufgefaßt werden dürfe, der die Anstellung von Bezugsscheinern für Vorhänge, Bettwäsche, Tisch- und Mundtücher, Sandtücher rechtfertige, hat in einem Teil der Bevölkerung lebhafteste Beunruhigung erregt und es wird darauf hingewiesen, daß durch diese Verfügung die Gründung von Haus- halten überhaupt erschwert oder gar unmöglich gemacht werde. Wir zweifeln nicht daran, daß die Reichsbekleidungsstelle sich der Bedeutung ihrer Befestigung, die im übrigen gar nicht eine neue Verfügung darstellt, sondern nur erneut auf die sinnigste Auslegung des Bezugsscheimer- bots für gewisse Wäschegruppen hinweist, bewußt gewirkt ist und daß nur die Notwendigkeit, haus- hälterisch mit den vorhandenen Mitteln umzu- gehen, die Verfügung veranlaßt hat. Auf der anderen Seite muß zugegeben werden, daß gerade für die weniger wohlhabenden Kreise die Bestim- mung sehr drückend ist, denn die Anschaffung von Papierwäsche ist nicht nur wegen der geringen Haltbarkeit, sondern auch wegen der sehr hohen Preise, die sicher nur zum Teil berechtigt sind, sehr kostspielig, und für sehr viele junge Eheleute oder solche, die es werden wollen, ist es einfach un- möglich, die verlangten Preise anzulehen. Diese Kreise haben ja meist auch nicht die Möglichkeit, aus dem elterlichen Haushalt das allernotwen- digste wenigstens für die Dauer des Krieges zu entleihen, und es ist wohl denkbar, daß mancher Haushalt unter diesen Umständen nicht gegründet wird.

Es wäre sehr wohl zu überlegen, ob man nicht, genau so wie man durch gemeinnützige Unterneh- mungen die Beschaffung des Hausrates — Möbeln usw. — erleichtert, nicht auch Einkristallungen treffen könnte, die der Wäsche, die trotz aller Reden von den Fortschritten auf dem Gebiete der Erbschafts- herstellung nach wie vor eine sehr große ist und nicht nur die unmittelbar betroffenen Kreise angeht, Einhalt zu tun geeignet wären. Wenn die Papiergarnstoffabrikanten nicht zu einem Verzicht auf einen Teil ihrer Gewinne gezwungen werden können, muß für die Minderbemittelten eben das Reichsschatzamt eintreten und die Anschaffung der notwendigsten Wäscheaussteuer erleichtern.

**Die Frauarbeit in England** nimmt mit der Dauer des Krieges immer mehr zu. Vom 1. Juli 1914 bis 1. Januar 1918 hat, wie die „Soz. Prax.“ nach amtlichen englischen Quellen mitteilt, die Zahl der arbeitenden Frauen in Industrie, Landwirt- schaft, Handel, Verkehrswesen, in Verwaltungszwei- gen aller Art und in den freien Berufen sich von 3 275 000 auf 4 741 000 vermehrt. Die häuslichen Dienstmoten, Schneiderinnen in den kleinen Ar- beitsstuben, die Krankenpflegerinnen und die freiwilligen Frauen - Hilfskorps sind dabei nicht mitgerechnet. Als Ersatz für männliche Arbeit sind 1 442 000 Frauen eingestellt. Die stärkste Ver- breitung hat die Frauarbeit in der Industrie mit 2 708 500 gefunden; über 500 000 Frauen leisten davon Männerarbeit. Im Handel waren Anfang 1918 weitere 839 000 Frauen beschäftigt, von denen 342 000 Männer ersetzen. Interessant sind auch folgende Ziffern. In Regierungsbüros waren im Juli 1914 erst 2000 Frauen tätig; Januar 1918 war diese Zahl auf 209 500 gestie- gen. Bei bürgerlichen Behörden stieg die Zahl in demselben Zeitraum von 5000 auf 81 500, bei den Trambahnen von 1200 auf 18 200, in den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken von 600 auf 5100, im Finanz- und Bankwesen von 950 auf 70 500. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle han- delte es sich überall um Befugung von Vätern, die vorher Männer inne hatten.

Unterstützung zu beantragen. Begründet wurde diese Forderung damit, daß es einem Arbeiter bei 40 Mk. Wochenlohn unter den heutigen Verhältnissen nicht möglich ist, die notwendigen Anforderungen, die der Winter stellt, zu befriedigen. Das höchste Ziel der der Preise für Nahrungsmittel, die Erhöhung der Woh- nungsmieten und der Steuern machen die Bewährung einer Verteuerungszulage unbedingt erforderlich. Weiter soll die Direktion darum ersucht werden, für das Dis- kretion der Feiertage ebenso zu besorgen wie bei dem notwendigen Personal. Endlich soll darauf hingewirkt werden, daß auf der Expedition der Angestellten im Gumborf der verbotene Kaffeekauschank wieder herge- stellt wird. Der Vorstand wurde mit der Durchführung dieser Forderungen betraut.

**Schramberg.** Am 15. August fand hier eine außer- ordentliche Ortsverbandsversammlung statt, die sich eines sehr guten Besuchs zu erfreuen hatte und in der der Zentralratsvorsitzende, Kollege G l e i c h a u f, einen Vortrag hielt über das Thema: „Wohlfahrtswirtschaft vom Kriege zum Frieden“. Redner schilderte eingehend die Not, die der Krieg im Gefolge gehabt hat, insbe- sondere die Schwierigkeiten in der Lebensmittelverfor- dung. Hier müsse vor allen Dingen dafür gesorgt wer- den, dem wucherischen Treiben des Schleichhandels Einhalt zu gebieten. Weiter behandelte Kollege Gleichauf die Wirkungen des Krieges auf wirtschaft- lichen und sozialpolitischen Gebiete. Dabei erwähnte er auch das Arbeitslöhnergesetz, mit dessen Einfüh- rung eine alte Forderung der Gewerbetreibenden erfüllt würde. Ferner besprach er die Entwicklung der Frauen- arbeit, wobei er darauf hinwies, daß für gleiche Lei- tung gleicher Lohn verlangt werden müsse, schon damit die Frau nicht zum Lohnbrüder des Mannes werde. Er forderte weiter die Einführung einer Reichsbeklei- dungsstelle. Ferner besprach er die Steuerprobleme. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß die Arbeit- lerschaft die Gleichberechtigung mit allen anderen Be- völkerungsschichten verlangen müsse. Dazu gehöre in erster Linie die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen. Nachdem der Redner noch dargelegt hatte, daß an einem glücklichen Ausgang des Krieges die deutsche Arbeiterschaft lebhaft interessiert sei, kam er zum Schluß und legte den Anwesenden dringend an, dem Krieg ein Ende zu setzen, und die Gewerbetreibenden mit- zuarbeiten; denn nur durch starke Organisationen sei es möglich, den Wünschen der Arbeiterschaft den nötigen Nachdruck zu verleihen. Die Ausführungen Gleichaufs wurden mit hartem Beifall aufgenommen. Wie sehr die Stimmung der Versammlung getroffen hatte, das zeigte am besten die rege Aussprache, die dem Vor- trage folgte.

## Veränderungen bzw. Ergänzungen zum Abreden- bezugsverzeichnis.

**Elberfeld.** (Bezirksleiter d. Gew. d. Holzarbeiter.) R. Daun, Järberstr. 22.

**Elberfeld-Barmen** (Ortsverband). S. Fabrik, Vorländer, Barmen, Hohenheimerstr. 37; Peter Daun, Schriftführer, Elberfeld, Järberstr. 22; R. Loos, Kassierer, Barmen, Emilianstr. 46.

**Kathow** (Ortsverband). Hermann Fischer, Schriftführer, Kaufmännstr. 33.

## Anzeigen-Teil.

### Verbands-Sekretär gesucht!

Der Verband Württemberg Eisenbahn- und Dampfschiffahrts-Unterbeamten und Arbeiter (E. A.), Stuttgart, Jäger- straße 2, hat den Posten eines Verbandssekretärs und Schriftleiters seiner Verbandsgemeinde neu zu be- setzen.

Bewerber müssen in sozialpolitischen Dingen be- wandert und mit der Arbeiterbewegung vertraut sein, außerdem in Rede und Schrift einen gewissen Aus- druck haben. Der Verband ist ein gewandter Deutscher Gewerbetreibenden (D. D.) angeschlossener. Bewerbungen wollen mit bisheriger Tätigkeitsangabe bis 15. September 1918 bei oben bezeichneter Stelle eingereicht werden. Gehalt nach beiderseitiger Verein- barung.

### Für Vereinsbibliotheken!

Über 100 Bände Romane, Erzählungen, No- vellen, Kriegsgeschichten von bekannten Verfassern, darunter Auerbach, Fontane, Alexis, Gerlach, Geibel, Baade, Friz Neuter, sind einzeln oder zu- sammen billig zu verkaufen. Näheres in der Exped. des „Gewerbetreibenden“.

### Der Zentral-Arbeitsnachweis

der Berliner Ortsvereine (Hilfs- und Arbeiter)

**NO. 55, Greifswalderstraße 221-23**

wird hiermit jedermann zu unentgeltlicher Vermittlung empfohlen.

Bernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4703.